

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 49 (1955)
Heft: 12

Rubrik: Eidgenössischer Rundblick

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sinn erkannt werden, und die Geldmittel und Kräfte, die bisher in die Kriegsrüstungen gesteckt wurden, werden der gemeinsamen Erschließung der Reichtümer und Möglichkeiten der unterentwickelten Erdräume zugeführt werden können.

Das wäre die neue Methode der Bekämpfung des Kommunismus: Bejahung seines revolutionären Ziels und dadurch Überflüssigmachung seines Gewaltweges, nicht aber — wie es die eingangs unserer Rundschau erwähnte amerikanische Stimme will — Überbietung der als typisch sowjetische Technik bezeichneten propagandistischen Unterwühlung des «feindlichen» Lagers. Ob das *heutige* Amerika dazu bereit ist, ist eine andere Frage. Stringfellow Barr verneint sie eher:

«Im Jahr 1776 waren wir ein neues, wagemutiges — und in fremden Augen gefährliches, revolutionäres — Land, das die feudalen Überlieferungen Europas herausforderte und vor der ganzen Menschheit erklärte, daß alle Menschen frei und gleich geboren seien. Wenn wir heute solche Worte gebrauchen, wirken sie auf die übrige Menschheit nicht überzeugend. Von allen industriell fortgeschrittenen Ländern sind wir fraglos das konservativste, haben am meisten Angst vor Neuerungen und sicherlich am wenigsten Interesse am Gleichheitsgedanken. Vielleicht müssen wir erst eine fürchterliche Katastrophe erleiden, bevor wir wieder die Hoffnungen der weniger Glücklichen — und das ist der Rest des Menschengeschlechtes — teilen können.»

Ohne ein großes Opfer hergebrachter Anschauungen und Lebensformen werden auf alle Fälle weder die Vereinigten Staaten noch die sogenannten freien Nationen überhaupt diese Weltkrisenzeit im Frieden überstehen. Daß die Erkenntnis der tragischen Lage, in der sie leben, noch rechtzeitig durchbreche und wir so wenigstens vor dem Ärgsten bewahrt bleiben mögen, das ist unser tiefster Wunsch für das neue Jahr des Ringens um die rettende Wahrheit, in das wir nun bald eintreten.

14. Dezember

Hugo Kramer

Eidgenössischer Rundblick

Anlässlich des Hinschiedes von alt Bundesrat Minger nahm die Landespresse Stellung zum Lebenswerk dieses Mannes. Dabei wurde hervorgehoben, Minger habe dem Lande in Überwindung großer Schwierigkeiten eine gutgerüstete Armee aufgebaut und den dogmatischen Antimilitarismus der Arbeiterschaft besiegt. In konservativen Blättern las man vom Defaitismus der Arbeiter und brüstete sich, nie von jener Art gewesen zu sein. Als Minger in den Bundesrat eintrat, war er außer dem Bernbiet ein unbekannter Mann. Als Vertreter der neu ins Leben getretenen Bauernpartei war er in den Augen der Arbeiterschaft sicher keine Herrenfigur, dafür aber der Exponent des behäbigen Bauerntums, das ihr gegenüber nicht gerade viel Verständnis zeigte.

Zur Zeit seines Amtsantrittes begann die große Wirtschaftskrise, eine späte Folge des Ersten Weltkrieges, welche uns Arbeitslosigkeit und Not brachte. Die soziale Spannung steigerte sich. Die Genfer Ereignisse vom November 1932, bei welchen durch ebenso brutales wie unsinniges Eingreifen von Truppen dreizehn Personen getötet wurden, beleuchtete die sehr gespannte Atmosphäre, in welcher ein protziges Bürgertum einer sich äußerst provoziert fühlenden Arbeiterschaft gegenüberstand. Die Genfer Behörden wie das Militär hatten schmählich versagt. Dazu kam noch das Versagen der Militärjustiz, welche die Art und Weise der sehr unglücklichen militärischen Intervention guthieß, während es bald, selbst unter Offizieren, eine anerkannte Sache war, in Genf habe man militärisch Unfähigkeit und Unreife demonstriert. Minger unternahm es, im Parlament das Militär von aller Schuld reinzuwaschen. Das war eine grobe Verletzung der Unparteilichkeit der obersten Landesbehörde. Minger wurde von der Arbeiterschaft entsprechend beurteilt.

Im Ausland kam zum italienischen Faschismus der deutsche Nationalsozialismus. Österreich lebte in latentem Bürgerkrieg. In Frankreich gärtete bereits die Auflösung der nationalen Kraft, die Schlimmes befürchteten ließ. Da der Nationalsozialismus über seinen Expansionswillen keine Zweifel übrig ließ, war es nötig, wachsam zu bleiben. Bundesrat Minger begriff, es sei die Einheit des Volkes notwendig, um dem standhalten zu können, was auf uns wartete. Er gönnte den Arbeitern sein Wort. Er wußte wohl auch, daß die Armee auf die Arbeiter nicht verzichten konnte. Er begriff vielleicht deren reservierte Haltung, konnte sie aber aus der Tiefe ihrer Begründung nicht verstehen. Als Bauer erfaßte er jenen gewaltigen Riß nicht, der seit den zwanziger Jahren zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie klaffte. Die Armee war lange Zeit das Symbol der geballten bürgerlichen Faust, und wer Charakter hat, küßt diese Form der menschlichen Hand nicht.

Minger war ein redlicher Mann, hervorgegangen aus unserem Volkstum. Ohne einen großen Schulsack verstand er es, durch unablässige Selbstbildung sich seinen Weg zu bahnen. Er ist ein Zeugnis der politischen Begabung, die in unserem Volke steckt. Er ist sicher mancher faulen Sache entgegengetreten und sorgte in seinem Bereich, so gut er es vermochte, für die Einhaltung einer schweizerischen Linie. Aber im Kampf um Sein oder Nichtsein eines Volkes muß noch mehr bereitstehen, als Bundesrat Minger im Instrument der Armee bereitgestellt hatte. Es ist die Verpflichtung um das geistige Gut unseres Landes. Diese war von der offiziellen Schweiz in bedrohlicher Weise vernachlässigt worden. Wie lange wollte man gegenüber dem immer wieder warnenden Volke so tun, als freuten wir uns seitens Deutschlands der herzlichsten Beziehungen, obwohl die Aggressivität der Nazi schon sehr deutlich in Erscheinung getreten war.

Die Vertretung unserer Außenpolitik entsprach nicht dem Tenor

der militärischen Bereitschaft, in der wir uns damals befunden haben sollen. Unsere Erklärung zum Anschluß Österreichs an das Deutschland Hitlers war eine klägliche Sache. Plötzlich waren die sich so sicher gebärdenden Größen der Politik erschrocken: ihr Konzept der europäischen Lage stimmt mit den sich in ungeheurer Dramatik abspielenden Vorgängen nicht mehr überein. Die Luganer Rede Bundesrat Mottas zur Münchner Konferenz belegt diese Situation unübertrefflich. Ein Jahr später begann der Zweite Weltkrieg. War die Handhabung der Pressezensur, die nahezu einer geistigen Entmannung gleichkam, etwa ein Ausdruck unseres großen Selbstvertrauens? Waren es Zivilisten, die im Frühsommer 1940 die schweizerische Armee einmotten wollten, da angeblich alles keinen Zweck mehr habe? War etwa jene berühmte Erklärung an das Volk nach dem Sturze Frankreichs ein Heldenstück von der kühnen Entschlossenheit à la St. Jakob? Warum heißt jene Rede denn die Anpasserrede? Hätte es bei uns zum Schlimmsten kommen müssen, wären wir nicht überrascht worden von einer ganzen Garnitur von Pétains und Lavals?

Etwas anerkennen wir voll und ganz: Bundesrat Minger fühlte sich nicht unersetztlich. Er auferlegte sich daher die Amtszeitbeschränkung selbst. Sein Beispiel ist nachahmenswert.

Nach der Annahme der bundesrätlichen Panzervorlage ist die Diskussion über Armeefragen nicht verstummt. Im Gegenteil, die Anhänger der Vollmotorisierung sahen ihre Stunde gekommen. Wie es nach der neuesten Entwicklung den Eindruck macht, hat die Neubesetzung des Militärdepartementes in der Auseinandersetzung um den Neuaufbau der Landesverteidigung keine Klärung gebracht. Es war nicht zu erwarten, daß Bundesrat Chaquet die Panzervorlage seines Vorgängers zurückziehen würde, doch man durfte vielleicht erwarten, er werde einen neuen Zug in die Behandlung dieses äußerst komplizierten und vielschichtigen Themas bringen. Diese Erwartung ist leider nicht eingetroffen. Erstmals sprach er am 12. Juni vor der Schweizerischen Offiziersgesellschaft in Zürich zu der ihm gestellten Aufgabe. Er erklärte, unser Land benötige in Zukunft eine bewegliche, feuerkräftige Feldarmee, die dem Feind entgegenzutreten hätte. Zu dieser Feldarmee könnten von uns 600 000 bis 800 000 Wehrpflichtigen etwa 100 000 bis 150 000 Wehrpflichtige ausgezogen werden. Das Gros der übrigen Truppe gehörte zum Territorialdienst, gleichsam zur zweiten Linie. Für die Auslese zum Feldheer müßten an den Soldaten in jeder Hinsicht viel schärfere Maßstäbe angewendet werden als bisher.

Am Comptoir in Lausanne sprach der Generalstabschef in ähnlicher Weise. «Die Schweiz bekenne sich nicht mehr zur Konzeption einer statischen Verteidigung und der Verteidigung fester Positionen», legte er dar und fuhr fort: «Unsere Bodenarmee muß eine größere Beweglichkeit gewinnen.» Das ist beim Generalstabschef eine ganz neue

Sprache. Seine Haltung war bisher äußerst konservativ. Er widersetzte sich einer Armeereform.

Am 2. Oktober bestätigte Bundesrat Chaudet am freisinnigen Wahlparteitag in Lausanne seine in Zürich gemachten Darlegungen und präzisierte sie. Seine markantesten Sätze sind folgende: «Wir müssen zur reinen Kampfarmee zurückkehren und jene Aufgaben weglassen, die ebenso gut von zivilen Organisationen geleistet werden können. Die Aussicht auf die Führung eines Atomkrieges macht eine Umstellung der Armee im Sinne größerer Beweglichkeit und Feuerkraft notwendig. In der eigentlichen Feldarmee können Zahl und Bestände der Heeres-einheiten herabgesetzt werden. Sie sollen die Möglichkeit schnellster Neugruppierung zur Auslösung von Gegenangriffen mit harten Schlägen gegen feindliche Angriffsspitzen erlauben. Es ist naheliegend, daß eine motorisierte Armee die Ausbildung zahlreicher Spezialisten notwendig macht. Wir müssen es mit Bestimmtheit in Aussicht nehmen, daß die Modernisierung der Armee wesentlich erhöhte Kosten verursachen wird.»

Die «National-Zeitung» bemerkte dazu: «Bundesrat Chaudet bestätigt, daß die Aufstellung von sechs bis acht vollmotorisierten Panzer-divisionen mit einer stark ausgebauten Luftwaffe und zahlreichen ‚Spezialisten‘ geplant ist, das heißt in Tat und Wahrheit eine kleine Elitearmee mit der entsprechenden großen Zahl von Berufssoldaten.»

Welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser grundlegenden Ände-rung unserer Strategie? Unser Heerwesen ist von jeher auf der all-gemeinen Wehrpflicht und der Milizarmee aufgebaut. Durch die Auf-spaltung der Dienstpflchtigen in Berufssoldaten und Miliz würden diese Grundsätze aufgegeben. Der Berufssoldat, der als Qualitätssoldat ge-dacht ist, würde in allem bevorzugt behandelt. Der Milizsoldat des großen Haufens wäre der Quantitätssoldat und in allen Dingen minder-eren Rechtes. Das Berufsheer beansprucht eine entsprechende Führ-ung. Wer garantierte uns, daß diese, wie bereits angetönt wurde, nicht ein Herrenführertum würde? So gäbe es auch im Offizierskorps eine Spaltung, die sich wie bei der Mannschaft schon rein psychologisch negativ auswirken würde. Gegen die Antastung des Grundsatzes der Gleichbehandlung sind wir sehr mißtrauisch.

Die Kritik zerzauste das Projekt, das schon in antragsreifem Sta-dium sein soll, gründlich. Rechts und links wurde deutlich abgewunken. In der Opposition der schweizerischen Militärpolitik nimmt die frei-sinnige «National-Zeitung» in Basel eine hervorragende Stellung ein. Die Basler verlangten unmittelbar nach dem Krieg eine nach fortschritt-lichen Grundsätzen aufgebaute Armeereform und machten entsprechende Vorschläge. Sie fanden aber kein Gehör. Zum Projekt der Berufsarmee haben auch die «Basler Nachrichten» schroff ablehnend Stellung be-zogen. Die «Neue Zürcher Zeitung», das Blatt der offiziellen Militär-politik, verlor ob dem vielstimmigen Chor der Opposition etwas ihre

dogmatische Sicherheit und wurde sackgrob. Selbstverständlich war bei allem das Wahlfeier etwas beteiligt. Doch die Vorlage Chaudet ist so, wie sie gemeint war, hierzulande unausführbar.

Wir sind ein neutrales, unabhängiges Land. Unsere Außenpolitik richtet sich danach, unsere Unabhängigkeit zu wahren. Die Armee hat die Aufgabe, die Landesexistenz nach außen zu sichern. Das bringt ununterbrochene Anstrengungen mit sich. Wollten wir das nicht mehr, müßten wir einem Bündnissystem beitreten. Es käme nur eines in Frage. Wir müßten dann aber alle Konsequenzen eines solchen Schrittes tragen. Die Ordnung der Dinge, besonders der militärischen, würde sich keineswegs angenehmer gestalten. So ziehen wir es vor, auf eigenes Risiko allein unseres Weges zu gehen. Spekulationen gehen wir keine ein. Das sind die staatspolitischen Gründe, die dieses Projekt hinfällig werden lassen.

Wirtschaftlich ist der Plan ebenso wenig ausführbar. Hand in Hand mit der Bekanntmachung der neuen Berner Konzeption wurde in Lausanne für eine starke Aufrüstung der Luftwaffe Propaganda gemacht. Der bisherige Bestand von 400 Flugzeugen müsse gleich auf 1000 erhöht werden. Gegenüber Schweden wären wir dann immer noch um 800 Flugzeuge im Rückstand. Schweden ist aber mehr als zehnmal größer als die Schweiz, hat ausgedehnte Grenzen und ist unmittelbar Nachbar Rußlands. Abgesehen von der Frage, wie man sich heute die Rekrutierung dieses technisch vorgebildeten Personals vorstellt, muß darauf hingewiesen werden, daß dieses Verlangen die logische Auswirkung der gutgeheissenen Panzervorlage ist. Panzer benötigen eine massive Fliegerdeckung, sonst sind sie rasch die Beute der feindlichen Flieger. Inklusive der Panzerbeschaffung soll diese Umgestaltung der Armee eine Extraaufwendung von etwa drei Milliarden Franken kosten. Dazu kämen immer noch das ordentliche Budget von mehr als einer halben Milliarde sowie die erhöhten Unterhaltungskosten des großen technischen Apparates. Das würde eine gewaltige Vermehrung der Militärausgaben bedeuten, welcher nicht zugestimmt würde. Mit dem Beschuß, 100 Centurion-Panzer anzuschaffen, war ein zweiter verbunden, die Panzerabwehr zu verstärken. Es macht aber den Eindruck, es sei zur Beschaffung der Panzerabwehrkanone noch nichts unternommen worden. Ja man wolle von dieser Sache absehen. Das wäre eine Sabotage des Beschlusses der Bundesversammlung, der obersten Militärbehörde des Landes. Diese Sache muß abgeklärt werden. Der hier in Aktion stehenden Regie war die Panzerabwehr, die bei uns die hervorragendste Rolle spielen sollte, demnach nur das Zuckerchen, um die Panzervorlage mundgerecht zu machen. Nachdem diese aber so brav geschluckt worden war, behielt man es in der Hand, um diesen Trick bei anderer Gelegenheit zu wiederholen.

Trotzdem noch kein Panzerwaffenplatz gefunden werden konnte, soll nächstes Frühjahr die Ausbildung der Panzertruppe in größerem

Umfange beginnen. Der Militärberichterstatter der «National-Zeitung» schreibt, um einen «Centurion» dislozieren zu können, müsse dieser auf einen Tiefladeanhänger verladen werden, sonst würden die Straßen übel zugerichtet. Ein solcher Anhänger koste die Kleinigkeit von 70 000 Franken. Dazu brauche man aber noch eine Zugmaschine, die rund 100 000 Franken koste. Sind diese Nebenspesen von Anfang an berücksichtigt worden?

Der neue Departementschef scheint in der Psychologie nicht sattelfester zu sein als sein Vorgänger. Als Welscher mußte er Bescheid wissen, welche gereizte Stimmung im Volke gegen sein Departement herrscht. Es hätte ihm daher nie einfallen sollen, die neuen Armeープlne ausgerechnet an einem freisinnigen Wahlparteitag der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Diese Sache ist zu ernst und zu heikel; sie gehört nicht vor ein ausschließliches Parteiforum. Die Kosten der Landesverteidigung müssen vom ganzen Volke getragen werden. Die Freisinnige Partei hat sich vereint mit dem übrigen Bürgertum bei der Behandlung der Bundesfinanzordnung nicht so betragen, daß nun gerade sie berechtigt wäre, dem Volke so enorme Lasten zuzumuten. War es nicht die Freisinnige Partei, die das Patent erfand, eine Rüstung auf Abzahlung zu beschließen? Ist es nicht die Freisinnige Partei, die wohl vor allem Interesse daran hat, daß der eidgenössische Schuldenberg von sieben Milliarden nicht abbezahlt wird? Verfolgt sie damit nicht den ausschließlichen Zweck, den Bund finanzpolitisch eng an der Halfter zu haben? Die Abkehr vom altschweizerischen Sauberkeitsprinzip, keine neuen Schulden zu machen, bevor nicht die alten getilgt sind, scheint ihr nicht die geringste Mühe bereitet zu haben. Dabei legt man doch großen Wert auf Tradition. Und wie stellt sie sich die Bestreitung der gewaltig ansteigenden Kosten vor im Zeitpunkt, wo sie laut nach Steuerabbau ruft? Wie stellt sie sich ferner die Lage vor, wenn zum hochgesteigerten Militärbudget das nicht viel weniger große für den ins Leben zu rufenden Zivilschutz hinzukommt?

Die Aufgabe des Departementschefs ist nicht leicht. Die Revolution der Technik und der Wissenschaft macht es schwer, in Militärdingen heute recht zu disponieren. Diese Gegebenheit teilen wir mit allen anderen Staaten. Um so eher braucht es an dieser Stelle einen Mann, der den ihm unterstellten Dienstchefs der verschiedenen Armeezweige bestimmt entgegentreten kann. Die militärische Planung liegt bei uns in der Hand der Landesverteidigungskommission, die bisher eine ausschließliche Militärikommission war. Sie ist heute einseitig zusammengesetzt, weil unter den hohen Offizieren die Romands unverhältnismäßig stark vertreten sind. Das erklärt die konservative Tendenz dieser Institution. Von Basel aus wurde längst schon die Erweiterung dieser Kommission verlangt. In ihr sollten Sitz und Stimme erhalten: der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, der Vorsteher des Finanzdepartementes, der Leiter der Forschungsabteilung, Vertreter der eid-

genössischen Räte und außerdem — nicht das Unwichtigste — Vertreter aus allen Kreisen der Volkswirtschaft und der Gewerkschaften. Das würde die Basis der Beratung nicht bloß verbreitern, sondern auch vertiefen. Die Folgen einer fehlgeleiteten Landesplanung wären derart schwer, daß es nicht mehr angeht, sie ausschließlich in der Hand von Fachmännern zu lassen, die nicht mehr in der Lage sind, das ungeheure Gebiet vollständig zu überblicken.

Ein Antrag, die Landesverteidigungskommission zu erweitern, ist im Nationalrat in der Septembersession begründet worden.

Die Neuordnung der Landesverteidigung muß den schweizerischen Gegebenheiten Rechnung tragen. Als Kleinstaat sind wir gezwungen, mit einem Minimum an Aufwendungen ein Maximum an Leistung herauszubringen. Darum dürfen wir nicht mit ungeheuren Kosten ein Instrument aufbauen, das uns erst auf den Rüstungsstand des Zweiten Weltkrieges bringt. Es ist sehr verständlich, wenn gerade von Basel aus diese Planung mit dem Verlangen der Raumverteidigung und der Einführung der Fernwaffen als eine überlebte bekämpft wurde. Nach dem bisher in Bern geltenden Konzept erwartet man einen einbrechenden Feind im Lande. Damit wären wir gezwungen, Grenzpositionen wie Basel und Schaffhausen ohne weiteres aufzugeben. Die Grenzbevölkerung ist nicht gewillt, das noch hinzunehmen.

Aus der heutigen Lage heraus verstehen wir, warum die erste Panzervorlage mit allen Mitteln durchgepeitscht wurde. Man hat die Katze nun aus dem Sacke gelassen. Paketweise eröffnete man dem Volke seine Wünsche. Und es wären noch weitere gekommen, wenn nicht so deutlich Stellung bezogen worden wäre. Die eidgenössischen Räte, die der Panzervorlage so leichthin die Zustimmung gaben, sollten jetzt deutlich sehen, zu was sie Hand geboten haben. Es ist noch Zeit, zu stoppen. Aber es ist eine gründliche Überprüfung der verfahrenen Situation notwendig.

Die Initiative Chevallier steht schon seit längerer Zeit auf der eidgenössischen Tagesordnung. Benannt nach ihrem Urheber, Samuel Chevallier, Publizist und Herausgeber einer Art welschen Nebelspalters, wird sie offiziell als Volksinitiative für eine Rüstungspause bezeichnet. Sie wurde am 2. Dezember 1954 mit 80 000 Unterschriften eingereicht. Nach Gesetz hätten die eidgenössischen Behörden drei Jahre Zeit, um zur Initiative Stellung zunehmen. Das Bundeshaus nahm dieses Zeichen der Zeit, das sich vorwiegend im Welschland kundtat, mit Unbehagen entgegen. Die Initiative verlangt in ihren ersten beiden Punkten, «daß im ordentlichen Budget der Eidgenossenschaft für das Jahr 1955 (oder spätestens 1956) eine massive Herabsetzung der Militärausgaben im Ausmaß von 50 Prozent vorgenommen werde», und daß «während des gleichen Jahres keine neuen Ausgaben im Rahmen des außerordentlichen Rüstungsbudgets beschlossen werden».

Die erreichten Einsparungen sollten zur Förderung der schweize-

rischen Jugendhilfswerke, der Subvention des Wohnungsbaus und zur Hilfe an kriegsverwüstete Gebiete Verwendung finden.

Bei der Lancierung einer Initiative sind gesetzlich festgelegte Verfahrensvorschriften zu beachten. Diese wurden von den Initianten in geradezu liederlicher Weise mißachtet, so daß die ganze Diskussion über Gültigkeit oder Ungültigkeit der Initiative, die sich über viele Monate hinzieht, von diesen selbst verursacht worden ist. Auf den Unterschriftenbogen fehlt die Bezeichnung des maßgebenden Textes. Der Aktivbürger muß genau wissen, was er mit seiner Unterschrift erreichen will. Bei der Rückzugsklausel fehlen die Namen der zum Rückzug ermächtigten Personen. Da die Initiative materiell verschiedene Ziele verfolgt, fehlt die Einheit der Materie. Die zeitliche Fixierung ihrer Auswirkung, 1955 oder 1956, ist nicht möglich; sie ist also in zeitlicher Hinsicht undurchführbar.

In einer ersten Stellungnahme bezeichnete der Bundesrat die Initiative als zustandegekommen und beschloß, sie Volk und Ständen zur Abstimmung zu unterbreiten. Der Ständerat beschloß aber mit 29:5 Stimmen, die Initiative sei ungültig und der Abstimmung von Volk und Ständen nicht zu unterbreiten. Präsident der vorberatenden Kommission war Ständerat Klöti, von Anfang an ein heftiger Gegner der Zulassung der Volksabstimmung. Die Gesinnungsänderung des Bundesrates ist sicher seinem Einflusse zuzuschreiben. Seine Stellungnahme in der Parteipresse ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sie beeinflußte sie denn auch weitgehend, während eine ganze Reihe bürgerlicher Blätter konsequent die Abstimmung verlangten. Für Ständerat Klöti hätten wir uns einen besseren Abschied aus den eidgenössischen Räten vorstellen können. An seinem Beispiel sieht man, wie ein Mann, der sich in seinen verschiedenen Amtsstellen seit Jahrzehnten vom Volke immer wieder bestätigen läßt, doch eine zu große Selbstsicherheit bekommt und schließlich in seiner erstarrten magistralen Haltung sich für berechtigt hält, dem Volke, als dem Souverän, gewisse Dinge vorzuenthalten, angeblich, weil es nicht reif wäre, richtig zu entscheiden. Das stimmt bei einem Manne, der seine ganze Laufbahn auf den Schultern der hochstrebenden Arbeiterschaft machte, sehr nachdenklich.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei beschloß dann aber, die Initiative sei «auf alle Fälle der Volksabstimmung zu unterbreiten». Mit diesem Beschuß wollte man jeder Einschränkung des Initiativrechtes vorbeugen. Hätte eine Partei, deren Anhängerschaft sich einst aus den Hintersassen der Gesellschaft bildete, einen andern Beschuß fassen können?

Mittlerweile beschloß die nationalrätsliche Kommission, die Initiative als zustandegekommen zu erklären und Volk und Ständen zur Abstimmung zu unterbreiten. Dieser Beschuß ist eine Folge der eidgenössischen Wahlen, die eine leichte Verstärkung der sozialdemokratischen Position mit sich brachten. Er ist aber auch eine Antwort auf das selbst-

herrliche Vorprellen in der militärischen Landesplanung. Sollte man jetzt noch versuchen, die Abstimmung zu verhindern, würde das energischen Reaktionen aus dem Volke rufen.* Hätte man angebrachte Kritik früher beachtet und verarbeitet, wäre diese Initiative nicht entstanden. Man denke etwa an den Meyerhofer-Prozeß, wo schließlich ein HD als Hauptschuldiger der skandalösen Zustände im Internierungswesen herausgefunden wurde. An die Geschichte der «weichen Bunker», an die Explosionskatastrophen von Dailly, Mitholz und Göschenen, an den Aspirantenmarsch der Offiziersschule von Bern und den ohrfeigenden Leutnant in St. Gallen. Aus allen diesen Ereignissen hatte man das Gefühl, es sei etwas nicht mehr in Ordnung, man vergeude öffentliche Mittel, gemeine Raffgier bereichere sich auf Kosten des Bundes, für schwerwiegende Anordnungen, die sich als falsch erwiesen, finde man eigentümlicherweise keinen breitgalonierten Verantwortlichen, und den Menschen behandle man als bloßes Material.

In der staatsrechtlichen Aussprache über das Initiativrecht ist diese Zeit über viel Wertvolles gesagt worden. Gewiß, die Überbenutzung dieses Volksrechtes bringt Gefahren mit sich. Der politische Betrieb unserer Zeit, die allgemeine Abwertung der Parteien und die ganze Art, wie in unserer gewissenlosen Zeit gewissenlose Politik gemacht wird, sind deren Ursachen. Der gewaltige Einfluß der großen Verbände auf Legislative und Exekutive macht das Volk mißtrauisch. Im Staat geht viel zu viel über die Sekretäre. Das mechanisiert das ganze politische Leben. Das Volk fühlt sich überspielt. Aus dieser Stimmung heraus geht viel Interesse der Aktivbürgerschaft verloren. So ist das Recht der Initiative dem Volke, was dem Lehrer der Rotstift: Das Instrument der Korrektur.

Aber was hat die Chevallier-Initiative mit unsren Romands zu tun? Im Welschland ist tatsächlich eine gewisse Militärmüdigkeit vorhanden. Wohl weniger aus bewußtem Antimilitarismus als betonter Opposition gegen ein sozial sehr zugeknöpftes Bürgertum. Zu dem hinzu kommt eine in der Nachkriegszeit gesteigerte Tendenz zum ungehemmten Lebensgenuß. Die Lebensart der Welschen läßt ihn den Freuden des Lebens im allgemeinen unbeschwerter zusprechen, als es der Eidgenosse der deutschsprachigen Gebiete tut. Aber dieser Lebensgenuß nimmt Formen an, die ein Absinken der nationalen Arbeitsleistung mit sich bringt und die zu einer Expansion des deutschschweizerischen Elementes führt. Sie nagt bereits an der eigentlichen Lebenskraft überhaupt; die welsche Bevölkerung geht zurück. Es ist ein gewisses Laissez-aller festzustellen, das sich in einer negierenden Stellung gegenüber der Allgemeinheit auswirkt. Besonderen Leistungen wird ausgewichen. So reicht es nicht mehr, die Kader der welschen Einheiten ausschließlich

* Inzwischen ist die Initiative im Nationalrat mit dem Stichentscheid des Präsidenten desselben als ungültig erklärt worden. Diese Sache und das Militärproblem als Ganzes werden in den «Neuen Wegen» in der nächsten Zeit behandelt werden. D. R.

mit Welschen zu besetzen. Darin zeigt sich der allgemeine Zug zur Bequemlichkeit, der auch bei uns anzutreffen ist. Ein Hang zu einer gewissen Gemütlichkeit ist den Welschen freilich nicht fremd. Im vergangenen Aktivdienst kam es vor, daß bei Manöverübungen ein Bataillonskommandant die Cafés räumen lassen mußte, um die Truppen in die Stellungen zu jagen. Das kann man bei Barbey: «Fünf Jahre auf dem Kommandoposten des Generals» nachlesen. In den kürzlich durchgeführten Manövern des ersten Armeekorps soll eine Artillerie-Abteilung angetroffen worden sein, an deren Geschützen kein Mann war. Ob der kalten Bise fanden die Artilleristen die Bauernstuben in der Nähe gemütlicher. Doch die Manöverleitung schoß mit diesen Geschützen, was sie aus den Rohren brachte.

Die Welschen wissen aber selbst um ihre Lage, vielleicht mehr, als es herwärts der Saane über unsere der Fall ist. Es ist eine Hoffnung, daß unter den Pfarrern die Notwendigkeit einer neuen Erweckung, also eines neuen Réveil, erkannt wird. Die ersten tastenden Schritte dazu sind beeinflußt von ähnlichen Versuchen der französischen Kirche. An leuchtenden Vorbildern besten Geistes fehlt es unsren Romands nicht. Auch haben sie heute noch ausgezeichnete Leute, die unbekümmert der immer mehr sich zeigenden Entchristlichung erst recht den Weg der tiefsten Besinnung gehen. Der Geist Vinets erwache wieder! Und die Mahnung Ramuz' nach einer Größe, die sich aus dem Geiste nährt, bleibe nicht vergessen!

Vielleicht ist es gerade unsren Welschen vergönnt, ein Vorbild der kommenden christlichen Gemeinde zu schaffen, womit die bloße Seelenverwaltung der offiziellen Kirche mit ihrer nur für das weltabgeschiedene stille Kämmerlein berechneten Seelsorge überwunden werden könnte. Mit dieser hat sie jeden Einfluß auf den im Werktag des Lebens stehenden Menschen verloren. Ja vielleicht holen die Waadtländer nach, was sie seinerzeit mit der Zurückweisung von Calvin und Farel versäumt haben. Ohne gewisse Elemente der Gemeinde Calvins ist die religiöse Erneuerung, nach Leonhard Ragaz die Revolution Christi, die uns allein aus unserm Elend retten kann, nicht möglich. Warum gelang es dem Urchristentum, eine völlig zerrüttete Gesellschaft wieder zu erneuern?

Die Genfer Konferenzen: die Zusammenkunft der Großen Vier, die Atomkonferenz und die Außenministerkonferenz, sind vorüber. Weil zuviel erwartet wurde, ist man enttäuscht. Die Atomkonferenz hat wohl am günstigsten abgeschlossen. Wir verdanken ihr doch eine gewisse Übersicht über das ungeheure Wissensgebiet. Die beiden andern Konferenzen waren längst fällige Höflichkeitsbesuche ehemaliger Alliierter, die sich schon in unvereinbare Welten auseinandergelebt hatten, bevor die Allianz eingegangen worden war. Das jetzt umstrittene Erbe, Deutschland, das den großen Krieg wollte und ihn verlor, konnte als Streitobjekt in Genf noch nicht aus der Welt geschafft werden. Die

Konzeption des Westens, Deutschlands Wiedervereinigung als erstes und wichtigstes Ziel zu betrachten, also dem Urheber des Krieges und der von ihm ausgelösten ungeheuren Nachkriegsprobleme, seine nationale Einheit wieder zu geben, erscheint, wenn man an die Lage der Westslawen denkt, die den Krieg am härtesten zu spüren bekamen, als eine unverdiente Bevorzugung. Die bitteren Konsequenzen des Krieges haben nicht nur Ostdeutschland in Fesseln gelegt, sondern Polen und die Tschechoslowakei als Ganzes in die Verbannung gesetzt. Sie sind daher für den Westen gänzlich verstummt, während Deutschland längst wieder eine große Propaganda entfaltet. Ungarn, Bulgarien und Rumänien sind als ehemalige Hitler-Satelliten beim Rückstoß der Russen ihrer Oberhoheit in die Hände gefallen. Die Gesundung Europas hängt nicht bloß von der deutschen Wiedervereinigung ab. Das ist zu einfach gesehen. Die osteuropäischen Völker, die ihrer nationalen Individualität und Souveränität völlig beraubt sind, verdienen als erste Opfer und als Mitgegangene-Mitgefangene mindestens soviel Gnade und Erbarmen wie Ostdeutschland. Diesem Bestreben steht aber die harte Tatsache entgegen, daß Rußland seine eigenen Wege verfolgt. Das haben die Alliierten vor Ausbruch des Krieges und im Kriege selbst schon erfahren. Die gleiche Tatsache mußte sich nach einer Niederlage sofort gegen die Deutschen auswirken. Wenn man deswegen heute mit den Fingern auf die Russen zeigt, vergißt man, sich vorzustellen, wie Europa heute aussehen würde, wenn die nationalsozialistischen Pläne gelungen wären. Zudem vergesse man nicht, die historischen Zusammenhänge zu berücksichtigen, die zum modernen Rußland führten.

Ludendorff schreibt in seinen Kriegserinnerungen (S. 407): «Durch die Entsendung Lenins nach Rußland hatte unsere Regierung auch eine besondere Verantwortung auf sich genommen. Militärisch war diese Reise gerechtfertigt, Rußland mußte fallen. Unsere Regierung aber hatte darauf zu achten, daß nicht auch wir fielen.

Die Vorgänge in Rußland ließen kein Gefühl voller Genugtuung in mir aufsteigen. Sie erleichterten unsere Kriegslage entscheidend, aber es blieb doch auch viel Gefahr zurück.»

Ja diese Gefahr blieb mit der Verantwortung zurück, nachdem man mit der Verbringung Lenins nach Rußland gleichsam die Garantie für das Gelingen der russischen Revolution in der Hand hatte. Dieser Mann, den man doch kennen mußte, installierte sein eigenes Regime, mit dem zu verkehren selbst für die nach Ernst Jünger in den Schlechtwegen der List sich gut auskennenden Deutschen keine leichte Sache mehr war. Die morschen Stützen des Zarenreiches, die Dynastie und die Kirche, brachen zusammen. Die neu regierende Schicht kam aus dem Untergrund. Sie verleugnet diese Herkunft heute noch nicht. Es sind keine Christen mehr; sie fühlen sich in jeder Beziehung, außer ihren von ihnen selbst gesehenen Lebensinteressen, völlig ungebunden. Diese Erscheinung ist mehr Folge der vorausgegangenen historischen

Entwicklung in Rußland, als durch die Revolution ursächlich hervorgetreten. Wir sehen darin einen höheren Schiedsspruch der Geschichte, der auch über den Westen ausgesprochen wurde. Leonhard Ragaz sprach in diesem Zusammenhang jeweilen vom Anpochen Gottes an die Tore des Westens.

Diese unheilvollen Schuldverstrickungen sind die Folgen der Dämonie der Macht. Dem modernen Menschen fehlt jede Ahnung, welche gewaltigen historischen Umbrüche durch eine politische Kriegshandlung ausgelöst worden waren und wie ungeheuer die sich ergebenden Folgen das Gesicht der Welt veränderten. Entsprechend schwer wird es, mit dieser neu entstandenen Welt, die aus einer tödlichen Bedrohung von gleicher Seite und aus demselben Geiste gewaltigen Machtzuwachs ernstete, Lebensfragen der Völker zu ordnen.

Die jüngste russische Versuchsexplosion, die sich über die halbe Welt auswirkte, soll dem Westen anzeigen, welche Höhe der Osten im Rüstungsfahrplan erreicht hat. Wenn es sein müßte, liegt hüben und drüben alles bereit, um die apokalyptischen Pferde zu satteln.

Wehe den Kleinen, die sich in den Randzonen der Einflußsphären der Weltmächte deren Absichten nicht gefügig zeigen wollen. Israel und Cypern sind diese Kleinen der heutigen Stunde. Das allgemeine Im-Stich-Lassen Israels beleuchtet die totale moral insanity der sogenannten Kulturwelt, die ja schon die Voraussetzung zum totalen Krieg war. Sollte Israel der westlichen wie östlichen Anämie der Seele, wie Bernanos sich ausdrückte, geopfert werden, wird die Erde sich verfinstern. Die Menschheit wird mit Sicherheit in irgendwelchen Formen ägyptischen Plagen ausgesetzt werden. Am schwersten wird das Christentum getroffen werden, das, bar jedes Sühnagedankens, in seiner Verkommenheit nicht einmal mehr die brennende Schande spürt, am Volke Gottes zum Judas geworden zu sein.

Man hörte letzthin viel vom Genfer Geist. Wenige nur hatten eine Ahnung, was das sein könnte. Der großen Welt war es einfach eine geheimnisvolle heilkräftige Zauberformel. Dabei hat der Esprit de Genève der Menschheit sicher noch ein gültiges Wort zu sagen.

In dieser alten Stadt lebte von jeher, also schon vor der Reformation, ein Wachsein für die Freiheit. Als die Reformation sich mit Nachhilfe der Berner durchsetzte, schuf Jean Calvin aus Genf dieser eine weithin sichtbare Burg. Calvin proklamierte die Gleichheit aller Menschen, sowohl vor den Gesetzen Gottes, als vor denjenigen der Menschen. Er beanspruchte das freie ungebundene Wort der Kirche gegenüber dem Staat. Er verlangte Einfachheit, Klarheit, Sittlichkeit, Gerechtigkeit und Ordnung in den öffentlichen Angelegenheiten wie im Privatleben. Die Gemeinschaft der Gläubigen, die Gemeinde, war der Autorität des Evangeliums unterstellt. Gehorsam gegen Gott war ihm wichtig. Die autoritäre bischöfliche Hierarchie ersetzte er durch die demokratische Synode, die dem Laien bedeutende Vorrechte gab. Daraus erwachte

das politische Repräsentativsystem, beispielgebend für die ganze angelsächsische Welt. Dieses Genf trotzte einer Welt von Feinden. Sein Geist und seine Zucht machten es unbesieglich. Aus seinem Geist und seiner Zucht wurden die Hugenotten Frankreichs zu einer Elite. Genf war die Zuflucht der Armen, das Asyl der Flüchtlinge, die uneinnehmbare Festung des Protestantismus, trotz Servet, abhold jeder Tyrannie.

Diese Schule der Zucht und der evangelischen Frömmigkeit hatte Nachwirkungen durch die Jahrhunderte. Genf blieb die Stadt der politischen Kämpfe um die Volksrechte. In seinen Jugendjahren erlebte Rousseau die harten Kämpfe des Peuple en bas, zu dem sein Vater, der Uhrmacher Isaac Rousseau, gehörte, gegen das mächtige Patriziat. Rousseau kannte die Landsgemeinde und das föderative Gemeindereferendum im Oberwallis und Graubünden. Dieses altgermanische Rechtsgut der deutschen Schweiz inspirierte den Verfasser des *Contrat social*, dem der *Citoyen de Genève* zündende und revolutionierende Kraft einhauchte. In der versammelten Bürgerschaft der Heimatstadt, dem *Conseil Général*, unserer Gemeindeversammlung, die in der Kathedrale von St-Pierre zusammentrat, und im Ring der Landgemeinde sah er die konkreten Formen des Staates, die ihn von der Gleichheit aller Menschen überzeugten. «Träger der Staatsgewalt ist das Volk; das Gesetz ist nichts anderes als der allgemeine Wille, „la volonté générale“», verkündet er. Diese Sätze von der Rechtsgleichheit und der Volksouveränität bereiten die französische Revolution vor und gehen ihren Siegeszug durch die Welt. Sie beeinflußten auch unser Verfassungsl Leben. Aus der Vereinigung der Ideen Rousseaus mit dem Rechtsgut unserer alten demokratischen Institutionen erwuchs die heutige direkte Demokratie unseres Landes.

In Henri Dunant, dem Schöpfer des Roten Kreuzes, leuchtet wieder bester Calvingeist auf: Haltung und Tat für ein ganzes Leben.

Das ist Genfer Geist. Fürwahr, er hat heute noch etwas zu sagen.

Unser östliches Nachbarland, Österreich, hat seine Souveränität wieder zurückgewonnen, das positive Ergebnis der Vorbereitungsperiode der Genfer Konferenz. Nach der schmerzhaften Erfahrung, wie schwer verlorene Freiheit wieder errungen werden kann, werden die Österreicher sie zu schätzen wissen. Durch den Zusammenbruch der Donaumonarchie im Ersten Weltkrieg jäh aus der sorglosen Gemütlichkeit der Kaiserzeit mit der ersten Republik beschert, waren sie von deren Lebensfähigkeit nicht überzeugt. Diese Unsicherheit in der Behauptung der eigenen nationalen Existenz wurde vom ehemaligen deutschen Verbündeten brutal für eigene Ziele ausgenutzt. Daß dies unter Führung eines Mannes vor sich ging, der aus dem eigenen Volke stammte, soll die Österreicher unserer Tage nie vergessen lassen, daß jene ganz besondere Geistesbeschaffenheit, die dabei im Spiele war, ein antiösterreichischer Giftstoff war, der, wurde man darin süchtig, zur Selbstvergiftung führen mußte. Aus der nationalen Einig-

keit, die sich aus der selbstverständlichen gegenseitigen Anerkennung der zwei großen Landesparteien ergibt, erwachse die völlige Immunität gegenüber jenem Gift irregeleiteter nationaler Aspirationen, die im vollsten Widerspruch zum tiefsten Sinn der österreichischen Aufgabe standen: das übernationale Bindeglied zwischen West- und Südslawen zu sein. Wien vermag den Slawen der alten Monarchie, nachdem beiderseits Umwege zurückgelegt worden sind, ohne Makel gegenüberzutreten. Es ist die natürliche Metropole der Donauregion. Bestes Österreichertum bringt die menschlichen und charakterlichen Voraussetzungen mit, um selbst unter schwersten Umständen dort Europa gute Dienste zu leisten.

Der Stand der immerwährenden Neutralität lasse unsere Nachbaren unter dem Schutt der vergangenen Epochen jene Inspirationen wieder finden, die das österreichische Kleineuropa vor dem Untergang bewahrt haben würden, hätte man sie nicht verkümmern lassen. Es behalte das bestimmte Auftreten, das es sich in langer Leidenszeit erworben hat, und gestehe insbesondere Deutschland keine Vorgesetztenrolle mehr zu.

Weiß und Rot, die uns vertrauten Nationalfarben, leuchten auch über Österreichs Landen: Das warme Rot der Bruderliebe wie das Rot der revolutionären Tatkraft; das Weiß der nationalen Wiedergeburt wie das Weiß edler Ziele, die über die weiß flimmernden Firne seiner Berge weisen.

Ulrich Künder

BUCHBESPRECHUNG

«Afrika wird frei.» Artikelfolge aus dem «Zeitdienst». Verlagsvereinigung Zeitdienst, Zürich 1955. 73 Seiten.

Es ist sehr zu begrüßen und heute sehr notwendig, daß der «Zeitdienst» die Artikelfolge über das Erwachen der Völker Afrikas in einer handlichen Broschüre einem weiteren Leserkreis zugänglich macht. Meistens wird der schweizerische Zeitungsleser nur ganz mangelhaft und einseitig über die Vorgänge im «schwarzen Erdball» informiert. Hier werden wir in wenigen, treffenden Sätzen über die bedenklichen Zustände in den verschiedenen Teilen Afrikas orientiert. Über jedes Gebiet finden wir die wichtigsten Daten und hören dann von den besonderen Problemen. Es werden auch konkrete Wege aufgezeigt, die zur notwendigen Lösung der vielen Fragen führen. Ein Bücherverzeichnis am Schluß weist auf ausführliche Literatur hin. – Erschüttert über soviel – meistens von uns Weißen geschaffene – Dunkelheit und soviel Elend bei unserem schwarzen Bruder legen wir das aufrüttelnde Schriftchen aus den Händen. Hier muß geholfen werden. Wir müssen umdenken und anders zu handeln beginnen.

K. St.